

geriatriische Rehabilitationseinrichtung – angeschlossen an das Krankenhaus Indersdorf – zu erarbeiten«. Die Initiative mündete schließlich in die gegenwärtige »Geriatrische Rehabilitation AmperKliniken AG« in Indersdorf mit 60 Betten in überwiegend Zweibettzimmern zur teil- und vollstationären Unterbringungen.

Sozialmedizinische Versorgung

Zur Verbesserung der psychosozialen und psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung beantragten Alfred Kindermann und Blasius Thätter, CSU-Fraktionsführer im Kreistag, am 12. Juli 1994 beim Landkreis die »Errichtung einer psychosozialen Arbeitsgemeinschaft«, die zur »Koordination aller an der psychiatrischen Versorgung Beteiligten (...) mit dem Ziel einer patientenorientierten Vernetzung aller Angebote« führen sollte. Auch die Einrichtung einer Suchtberatungsstelle wurde angeregt. Beides war von Erfolg gekrönt, da die Notwendigkeit über alle Parteien und Gruppierungen hinweg einmütig erkannt wurde.

Bezirk Oberbayern

Das Engagement auf sozialem Gebiet für den Landkreis Dachau entsprang zweifelsohne der Tätigkeit im Gesundheits- und Kulturausschuss des Bezirkstages von Oberbayern in den Jahren 1978 bis 1998. Von 1982 bis 1998 war Kindermann Referent des Bezirkstages für das Kinderzentrum München, das Prof. Dr. Dr. h.c. Theodor Hellbrügge aufbaute und zu internationalem Ansehen führte. Die »Aktion Sonnenschein – Hilfe für das mehrfach behinderte Kind e.V.« zeichnete den Referenten deshalb 1990 mit der »Sonnenschein-Medaille« für seinen »unermüdlichen Einsatz« aus.

Ehrungen

Angesichts des vielfältigen ehrenamtlichen Engagements verwundert es nicht, dass der Jubilar auch öffentliche Anerkennung durch diverse Ehrungen erfahren hat. Vieles, aber eben nicht alles verdient man sich durchs Alter. Ehrungen, die man vor dem Ruhestand empfängt, tragen sicher mehr zur Stärkung der Motivation bei als späte. Schon am Anfang stand das Bundesverdienstkreuz am Bande (1987), gefolgt von der zweimaligen Verleihung der Landkreismedaille in Silber (1987, 2002), der Dachauer Bürgermedaille in Silber (1987), der Kommunalen Verdienstmedaille in Bronze (1993), der Bezirksmedaille in Gold (1994), der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber

(2002), der Goldenen Ehrennadel des Verbandes der Wirtschaftsphilologen (1993), der Silbernen Ehrennadel des VdK der Sudetendeutschen Landsmannschaft (1993) und schließlich 2009 vom Goldenen Ehrenring der Großen Kreisstadt Dachau, seiner neuen Heimat seit 1956.

Anmerkungen:

- ¹ Alfred Kindermann war 1969 Mitbegründer des von vier Pfarreien der Stadt Dachau gegründeten »Dachauer Forums«, zu einer Zeit, als es noch kein Volksbildungswerk (VHS) im Landkreis gab. Entsprechend weit war schon von Anfang an die Angebotsbreite. Bis 1976 wirkte er als 1. Vorsitzender. Von 1970 bis 1973 war er auch Gründungsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Erwachsenenbildung in der Erzdiözese München-Freising.
- ² Dazu vgl. die große Bilddokumentationen von *Lorenz Josef Reitmeier*: Dachau. Ansichten und Zeugnisse aus zwölf Jahrhunderten. Dachau 1976; *ders.*: Dachau. Ansichten und Zeugnisse aus zwölf Jahrhunderten. Der andere Teil. Dachau 1979; *ders.*: Dachau. Ansichten und Zeugnisse aus zwölf Jahrhunderten. Der letzte Teil der Trilogie. Dachau 1982; *ders.*: Dachau. Der berühmte Malerort. Kunst und Zeugnis aus 1200 Jahren Geschichte. Dachau 1989; *ders.*: Dachau ein Kunstbilderbuch. Dachau 1995; *Horst Heres/Peter Stadler*: Dachauer Gemäldegalerie (Kulturgeschichte des Dachauer Landes 12). Dachau 1985; *Ottillie Thiemann-Stoedner*: Dachauer Maler. Hrsg. von *Klaus Kiermeier*. Dachau 1989; *FreiLichtMalerei*. Der Künstlerort Dachau 1870–1914. Dachau 2001.
- ³ Zunächst in der Schalterhalle der Sparkassen-Hauptstelle Dachau in der Konrad-Adenauer-Str. 3, dann im Neubau auf der Scheierlwiese an der Münchner Straße.
- ⁴ *Bärbel Schäfer*: Karl Huber (1928–2009). In: *Amperland* 46 (2010), S. 20–25 und S. 41–45.
- ⁵ Diese Ausstellung über den Schweizer Künstler fand die Neue Züricher Zeitung Nr. 133 vom 11. Juni 1976 im Feuilleton für einen Beitrag wert, der damit endete, zu prüfen, »wie man sein Gedenken auch in der Schweiz beleben kann«.
- ⁶ Stadtarchiv Dachau, Depositum Kindermann, Nr. 1 bis 141.
- ⁷ *Wilhelm Liebhart*: Prof. Dr. Walter Gaudnek. In: *Altomünster – Kloster, Markt und Gemeinde*. Altomünster 1999, S. 715–727.
- ⁸ *Wolfgang Eitler*: Kunstskandal zur rechten Zeit. Die Geschichte der KVID von ihren Anfängen 1919 über ihren sanften Schlaf und ihre Wiederbelebung 1982 – eine Chronik von Andreas Kreuzkam. In: *Süddeutsche Zeitung Dachau* Nr. 63 vom 15. März 2012, Seite R 4.
- ⁹ *Georg Denzler*: 2000 Jahre christliche Sexualmoral. Die verbotene Lust. München 1988. Sonderausgabe Weyarn 1997, S. 284 f.
- ¹⁰ *Norbert Götter/Wilhelm Liebhart*: De Heredibus. Hedi Heres und Dr. Horst Heres zum 70. Geburtstag. In: *Amperland* 45 (2009), S. 468–469.
- ¹¹ Vorgeschlagen wurden ein SOS-Kinderdorf, eine »Heimstätte für terror- und kriegsgeschädigte Kinder« oder ein »Pflegezentrum für körperlich und geistig behinderte Kinder«.
- ¹² In diesem Zusammenhang macht sich das Fehlen einer modernen Stadtgeschichte Dachaus von 1949 bis zur Gegenwart bemerkbar. Das grundlegende, vom Museumsverein Dachau und Horst Heres herausgegebene Werk »Geschichte des Marktes und der Stadt Dachau« (2000) reicht nur bis Anfang der 1970er Jahre und bedarf für die Nachkriegszeit gewisser Ergänzungen.
- ¹³ Vgl. zuletzt *Blasius Thätter*: Landrat Hansjörg Christmann zum 65. Geburtstag. In: *Amperland* 48 (2012), S. 361–363.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Wilhelm Liebhart, Hohenrieder Weg 20, 85250 Altomünster

Die Oberbürgermeister von Freising in der Nachkriegszeit (1945–2012)

(1. Teil)

Von Wolfgang Grammel

Zeitgeschichtliche Arbeiten über Freising sind immer noch die Ausnahme. Es gibt Einzelstudien zu Personen, Firmen oder Straßen, aber keine über einen längeren Zeitraum gehenden geschichtlichen Studien. Man beschäftigt sich lieber mit Themen aus der bischöflich-hochstiftischen Zeit und der Säkularisation 1802/1803 oder mit der nationalsozialistischen Epoche. Allenfalls die Geschehnisse rund um das unmittelbare Kriegsende 1945 und die Währungsreform wecken noch Interesse. Dabei begann mit der Währungsreform 1948 bei den Kommunen ein neuer Prozess der Stadtwerdung, der den Nährboden

für die zukünftige Entwicklung und Ausformung der neuen Bundesrepublik bildete.

Bürgermeister in Freising

Die Freisinger Nachkriegsgeschichte ist an seinen Bürgermeistern nachvollziehbar. Sie sind nicht willkürlich gewählt worden, sondern aufgrund ihrer eigenen politischen Gestaltungskraft. In Freising konnten sie, wenn man die unmittelbare Nachkriegszeit außer Acht lässt, durch ihre Wiederwahlen auch länger wirken, zum Teil 18 bis 24 Jahre. Sie gestalte-

ten damit geschichtlich bedeutsame Zeitabschnitte mit. Die Bürger gaben mit der Wahl beziehungsweise Wiederwahl des Stadtoberhauptes der Stadt eine gewollte personelle Prägung. Die Kandidaten für das Bürgermeisteramt waren in Freising bereits bekannt und bewährt, die Anzahl der Bewerber blieb stets überschaubar. Fast immer spielte die geschichtliche Sonderstellung Freisings mit seiner langen selbstständigen Zeit als bischöfliche Residenzstadt und mit seinem zwar kleinen, aber selbstständigen Territorium und den dazugehörigen Enklaven im In- und Ausland eine Rolle. Freisings Weg wurde nach der Säkularisation durch die Anfänge der agrarischen Forschung, den Standort für das Militär, durch den Charakter als Schul-, Verwaltungs- und Domstadt und schließlich als Hochschulstadt mit dem »Center of Life and Food Sciences Weihenstephan« geprägt. Gegenüber einer größeren, schnelleren und weiteren Ausdehnung, begünstigt durch Industrieansiedlungen und Verkehrskonzepten mit attraktiver Innenstadt, hat sich Freising lange zögerlich gezeigt. Man musste den stark unterschiedlichen politischen Ansichten Tribut zollen. Dieses »Wollen, aber nicht immer können« beziehungsweise nicht einig sein, wirkte manchmal blockierend.

Emil Berg (1945–1946)

Mit der Kaiserreichsgründung 1871 wurden die Grundlagen des deutschen Untertanenstaats gelegt. Dieser prägte mit seiner Obrigkeitshörigkeit die Zeit und den Menschen bis zum Dritten Reich, wo diese verabsolutiert wurde. Nach Kriegsende kamen diese alten »Tugenden« zunächst wieder an die Oberfläche des Bewusstseins. Man wollte die vergangene unglückliche Zeit so schnell wie möglich vergessen. Durch die doch recht nachgiebigen Spruchkammerbescheide im Entnazifizierungsverfahren konnte man sein Gewissen reinwaschen und war lieber politischer Befehlsempfänger der amerikanischen Besatzungsmacht und ihrer eingesetzten Kontrollräte. Das demokratische Denken lag noch brach. Freising war zudem mit der langen Amtszeit von Bürgermeister Stephan Bierner (1899–1933) an eine gewisse Kontinuität in der Stadtführung gewohnt. Die von den Nationalsozialisten eingesetzten Bürgermeister Gottlieb Schwemmer (1933), Karl Lederer (1933 bis 1942) und Hans Lechner (1942–1945) werden hier ausgeklammert. Nach dem Einmarsch der Amerikaner am 29. April 1945 herrschten Ratlosigkeit, Angst und Verwirrung vor. Noch elf Tage vor Kriegsende war Freising am 18. April 1945 das Ziel von heftigen Fliegerangriffen gewesen. Diese forderten 250 Todesopfer und Schäden an über 200 Gebäuden. Um die Jahreswende 1948/49 gab die Stadt Freising insgesamt über 1400 Tote und vermisste Personen als Opfer des Krieges bekannt.¹

Es gab in den ersten Tagen nach Kriegsende kein Amt und keine Stelle, an die man sich hätte wenden können. Plünderungen, Falschaussagen und Denunziationen herrschten vor. Bald kam die erste größere, von den Amerikanern angeordnete Verhaftungswelle, die weiter zur Verunsicherung beitrug. Sie erfolgte aufgrund einer Liste von Parteigenossen, die in der Kreisleitung (Bahnhofstraße 1) gefunden und erst nach ein paar Wochen von den Amerikanern und einem Fünferausschuss (Rottenbuber, Dettenhofer, Dr. Lochner, Altmann, Weinert) genauer überprüft worden war. Die Amerikaner mussten zudem schon bald nach der Kapitulation feststellen, dass sie viel mehr Besatzungstruppen, Material und vor allem Lebensmittel nach Deutschland schaffen mussten als geplant, sollte es in dem wirtschaftlich und politisch zerstörten Land nicht zu einer Katastrophe kommen. Deshalb begannen sie schon früh, den politischen Wiederaufbau auf kommunaler und auf

Länderebene voranzutreiben.² Die alte Stadtverwaltung wurde abgesetzt, für den am 30. April 1945 provisorisch mit der Wahrnehmung des Bürgermeisteramtes betrauten Polizeikommissar Rasch wurde bereits am 2. Mai Emil Berg³ zum Oberbürgermeister ernannt. Der über 70 Jahre alte Elektrooberingenieur war 1944 in München ausgebombt worden und seit November 1944 in Freising ansässig. Ihm wurde ein kommissarischer Stadtrat zur Seite gestellt, bestehend aus Dr. Alfred Lochner, zugleich Bürgermeister, dem Notar Josef Innerlohner als Landrat, den Weihenstephaner Hochschulprofessoren Wilhelm Wühr, dem das Ernährungsamt übertragen wurde, Franz und Karl Dettenhofer sowie Dr. Martin Gleissner. Diese Männer waren politisch integer, sie sollten hauptsächlich die Abwicklung des Parteiverkehrs und die Informationsweitergabe an die Bevölkerung vermitteln. Sowohl die Berichte eines amerikanischen Militärbeobachters als auch die ab Juni 1945 von der Stadtverwaltung erstellten Monatsberichte, die es bis 1950 gab, dokumentieren, dass die zivile Selbstverwaltung Freisings nur langsam in Gang kam.⁴ Am 6. September 1945 wurde ein vorläufiger Stadtrat gebildet, bestehend aus Johann Braun, Karl Dettenhofer, Michael Einreiner, Georg Erl, Martin Fischer, Dr. Franz Goß, Michael Klauber, Leonhard Rödl, Josef Schöls und Alfred Warmuth. Die erste Zeit der kommissarischen Stadtverwaltung war damit ausgefüllt, eine Flut von Wünschen, Anträgen, Beschwerden und Notrufen so gut es ging zu bewältigen. Vor allem aber hatte sie Ausweise auszustellen, Schutz und Hilfe gegen Plünderung zu gewähren und die angeordnete Beschlagnahmung von Wohnräumen durchzuführen. Hier waren vor allem die Bewohner der Ganzenmüllerstraße, des Lankesbergs und der Villenviertel betroffen. Darüber hinaus strömten Flüchtlinge (vermehrt ab März 1946), KZ-Häftlinge, Evakuierte, Ausländer und sonstige Personen in die Stadt und mussten untergebracht werden.⁵ So wuchs die Bevölkerungszahl von 1945 mit 21 000 Einwohnern bis 1948 auf 27 800 an. Unter den Neuankömmlingen befanden sich 1118 Evakuierte und 3464 Heimatvertriebene. Freising mit seinem landwirtschaftlich geprägten Umland hatte große Schwierigkeiten, die Heimatvertriebenen in das Wirtschaftsleben einzugliedern, da diese vornehmlich aus den Industriegebieten von Troppau, Prag und Eger stammten. Mit vielen öffentlich zugänglichen Verwaltungsanordnungen (Bekanntmachungen)⁶ versuchte man zunächst, überhaupt einen Überblick zu bekommen und das zunehmende Wohnungsproblem anzugehen. Viele Menschen konnten vorerst nur notdürftig untergebracht werden: In der Turnhalle Jahn in der Fischergasse, im Gasthaus Lands-huter Hof, im Stieglbräusaal, in beschlagnahmten Wohnungen oder in Massenlagern (Domberg 3, Kindergarten am Veitsmüllerweg).⁷ Größere Industriebetriebe wie Schlüter, Steinecker, Feller und das Hofbräuhaus wollten den Betrieb wieder aufnehmen, auch den mittleren und kleineren Betrieben sollte geholfen werden. Die Bautätigkeit lief langsam wieder an, zunächst vor allem durch Reparaturaufträge. Die öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsbetriebe, die Post und der Schulbetrieb nahmen ihre Arbeit wieder auf. Im Mai 1946 begann auch wieder der Hochschulbetrieb in Weihenstephan. Zuvor hatten die Amerikaner überlegt, dessen Anlagen ausschließlich für amerikanische Studenten zu nutzen.

Dr. Karl Wiebel (1946–1948)

Die Rückgabe der Kreisunmittelbarkeit,⁸ die die Stadt zum 31. März 1940 verloren hatte, erfolgte zum 8. Februar 1946. Gleichzeitig wurde der letzte Bürgermeister aus der Zeit vor 1933, Herr Hofrat Stephan Bierner,⁹ zum Ehrenbürger ernannt. Die erste Gemeindewahl nach dem Krieg fand am 26. Mai



Oberbürgermeister Dr. Karl Wiebel, Aufnahme von 1950 Foto: Stadtarchiv Kempten

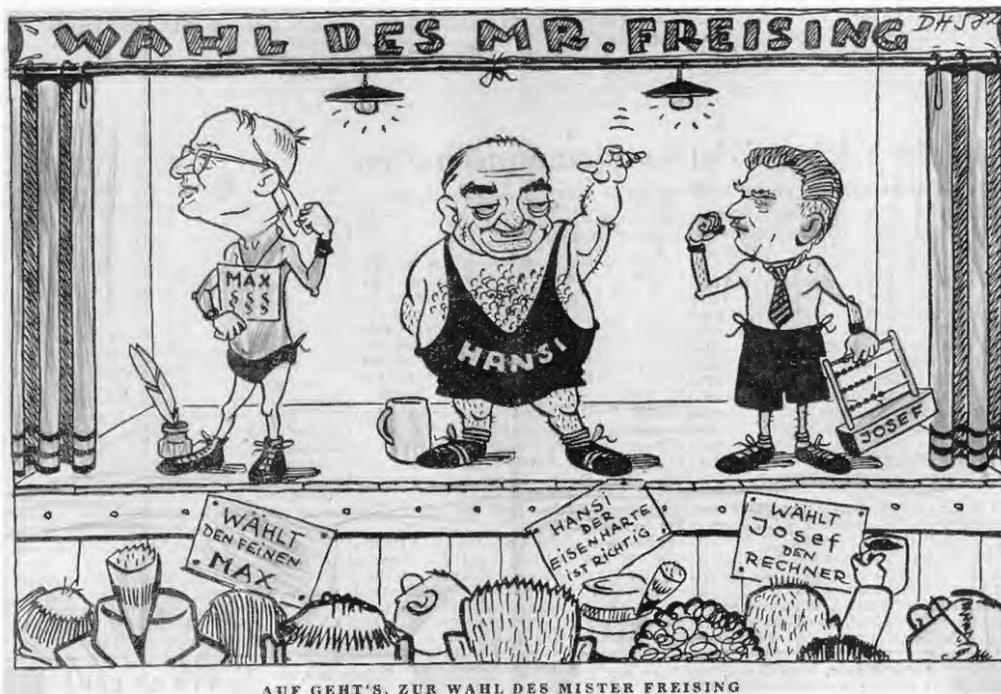
1946 statt und brachte folgende Sitzverteilung: CSU 15, SPD 8 und KPD 1 Vertreter.¹⁰ Damit bekam Freising wieder einen voll beschlussfähigen Stadtrat.¹¹ In seiner ersten Sitzung wählte der Stadtrat Dr. Karl Wiebel¹² zum Oberbürgermeister und Josef Schels zum Zweiten Bürgermeister. Die Ungewissheit über die Kriegsgefangenen, Flüchtlingsnot, Nahrungsmittelsorgen, fehlender Wohnraum und die »Entnazifizierung« lasteten auf der Bevölkerung. Die sogenannten Spruchkammern, eingerichtet von den Amerikanern, begannen ab dem 15. Mai 1946 ihre Arbeit in Freising und waren bis zum 1. September 1948 tätig. Unter dem Vorsitz von Dr. Lochner und mit Dr. Groß als öffentlichem Kläger wurden fast 19 000 Fälle bearbeitet und davon 2500 schriftlich oder mündlich verhandelt.¹³

Besonders die zunehmende Überfüllung der vorhandenen Wohnräume und die vielen zwangsweise durchgeführten beruflichen Amtsversetzungen machten die Ausübung des Bürgermeisteramts in dieser Zeit zu einer schwierigen Aufgabe. Es kam zu vielen Denunziationen, Auseinandersetzungen und einer gewissen Missstimmung in der Bürgerschaft, vor allem auch gegenüber den Flüchtlingen und Neuankömmlingen. Oberbürgermeister Dr. Wiebel musste sich damit ebenfalls auseinandersetzen. Teile der Bevölkerung begegneten auch ihm mit einer gewissen Ablehnung. Sie machten ihm unter anderem die Förderung des Zuzugs von Fremden nach Freising und andere Versäumnisse zum Vorwurf. Er wurde zudem auch – ebenso wie sein Vorgänger Emil Berg – als Nichteinheimischer betrachtet. Wiebels Verdienste waren vor allem der schnelle Wiederaufbau der Isarbrücke als zentraler Verkehrspunkt inner-

halb von vier Wochen (Errichtung als Notbrücke), die »Wiederentdeckung« und Renovierung des barocken Asamsaales und die Sicherung der Hochschulbauten am Weihenstephaner Berg, die seit Jahren durch Erdbeben bedroht waren.

Max Lehner (1948–1970)

Bei den Stadtratswahlen am 30. Mai 1948 stellte sich zum ersten Mal die Bayernpartei zur Wahl. Sie errang auf Anhieb die meisten Stimmen und stellte 11 Stadträte. Die CSU kam auf 8, die SPD auf 7, die Flüchtlingsparteien auf 3 und die KPD und WAV auf je ein Mandat. In der ersten Sitzung des neuen Stadtrates am 1. Juli 1948 wurde Max Lehner,¹⁴ ein gebürtiger Freisinger und seit 1932 hier auch praktizierender Rechtsanwalt, vom Stadtrat zum Oberbürgermeister gewählt. Zweiter Bürgermeister wurde Karl Warmuth. Dr. Karl Wiebel unterlag Lehner bei dieser Wahl – vermutlich aus oben genannten Gründen – deutlich. Auch bei Lehnerns Amtsantritt war die »Behebung der Not auf allen Gebieten, mit denen eine Gemeindeverwaltung befasst ist und die Wiedergewinnung normaler Verhältnisse«¹⁵ immer noch eine der zentralen Aufgaben. Laut eigener Aussage übernahm Lehner »eine mit 7000 Neubürgern übervolkerte Stadt, eine starke amerikanische Garnison mit über 200 beschlagnahmten Privatwohnungen, eine halbaufgebaute Isarbrücke, unzulängliche Wohn- und Schulverhältnisse, ein zum großen Teil immer noch von den Amerikanern besetztes Rathaus, eine leere Stadtkasse und das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit«.¹⁶ In seinem Rückblick auf das Jahr 1949 und dem Ausblick auf das Jahr 1950¹⁷ sah er die »wirtschaftliche Fehlentwicklung als Garnisonsstadt der 30er Jahre als beendet an. Es sind in dieser Zeit keine neuen Arbeitsplätze entstanden, die bestehenden Industrien haben nicht zugenommen und kaum neue Betriebe sind gegründet worden«.¹⁸ Der Durchbruch vom Landstädtchen mit 14 000 Einwohnern, dessen wirtschaftliche Hauptstützen neben dem landwirtschaftlichen Hinterland Behörden und Schulen waren, zu einer Mittelstadt, in die auch die Arbeitskräfte aus dem übervolkerten Landkreis drängten, sollte nun endlich vollzogen werden. Mit der ihm eigenen Beharrlichkeit, gepaart mit unermüdlichem Einsatz, gelang es Lehner in seiner langen Amtszeit von 22 Jahren, diesen Durchbruch Freising zu einer aufstrebenden Mittelstadt zu erreichen. Wenn Lehner gerade bei der Ansiedlung von neuen Betrieben sehr vorsichtig blieb, scheute er es manchmal nicht, auch ungewöhnliche Wege zu beschreiten. So reichte er eine Verfassungsklage ein, die dem Regierungsbezirk Oberbayern und somit auch Freising höhere Zuweisungen für den Wohnungsbau brachte. Auf diese Weise konnte die Stadt 500 eigene zusätzliche Wohnungen zur Verfügung stellen. Insgesamt wurden unter der Ära Lehner 5000 Wohnungen gebaut und drei neue Volksschulen in Lerchenfeld, Neustift und Vötting errichtet. Das chirurgische Krankenhaus wurde modernisiert und durch Anbauten erweitert, die Luitpoldanlagen entstanden, Turnhallen wurden gebaut und das Freibad mittels neuester Technik überholt. Ein Zweckverband mit dem Landkreis für das Projekt eines gemeinsamen Krankenhauses an der Mainburger Straße entstand. Eine neue Kläranlage mit moderner Kanalisation und eine eigene Stromversorgung mit eigenem Umspannwerk Freising-Nord waren weitere Meilensteine in der wirtschaftlichen Entwicklung. Fehlende Bautechnik in damaliger Zeit (zum Beispiel wasserdichte Bodenwannen) und Schwierigkeiten bei der Kanalisierung verhinderten wahrscheinlich größere Industrieansiedlungen. 1966 aber konnte Texas Instruments auf einem bis dahin weitgehend brach liegenden Grundstück in Lerchenfeld angesiedelt werden. Lehner setzte sich auch entschieden gegen



Wahlkampf 1958, v. l.: Dr. Max Lehner mit den Gegenkandidaten Hans Hofmann (FDP/BHE) und Josef Maisch (SPD)

Foto: Stadtarchiv

die Schließung der Philosophisch-Theologischen Hochschule und gegen den Wegzug des Priesterseminars ein, ebenso gegen den Abriss des »Colloseums«. Seine Bemühungen blieben bei letzterem aber erfolglos, weil der Zeitgeist wohl mächtiger war. Als Gesamtbilanz seiner Gewerbeansiedlungspolitik blieb immerhin die Schaffung von über 4000 neuen Arbeitsplätzen in Freising. In überörtlichen Prüfungsberichten¹⁹ wurde meist auf die fehlenden Steuereinnahmen der Stadt hingewiesen, die sich nur auf 60 % vergleichbarer anderer bayerischer Städte beliefen: »Die Verschuldung der Stadt ist mit 2,3 Millionen Mark gering, die Personalausgaben sind es ebenso. Das Verhältnis zwischen Vermögen und Schulden ist günstig. Die aufgenommenen Darlehen dienen überwiegend dem Wohnungsbau. Die Finanzverhältnisse sind insgesamt gut«, lauteten die Ergebnisse einer Rechnungsprüfung von 1956.

Max Lehner war ein Bürgermeister der ruhigen Töne, korrekt, genau, risikoscheu, bescheiden. Wir sitzen alle in einem Boot«, sagte er oft, wenn wieder einmal negativ über Freising berichtet wurde. Er war schwer zu überzeugen und nicht für rasche Kompromisse. Er hielt sich immer mehr dem großen sozialen Ganzen als den einzelnen gesellschaftlichen Kräften verpflichtet. Vielleicht weil er mit seinen Mitbürgern nicht immer gute Erfahrungen gemacht hatte, unter anderem als er in das Pogrom des 9. November 1938 hineingezogen und von fanatisierten Parteigängern Hitlers durch die Straßen gejagt wurde. Er hatte es »gewagt«, in Freising lebenden jüdischen Familien juristisch beratend zur Seite zu stehen. Die spätere Verleihung des Bundesverdienstkreuzes lehnte er ab. 1952 wurde er als gemeinsamer Bewerber von CSU, Bayernpartei, SPD, der Freien Wählerliste Parteilose Freisinger und der Freien Demokratischen Wählergemeinschaft Freising von der Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigt.²⁰ Die Stadtratsmandate verteilten sich auf die SPD (8 Sitze), die CSU (7 Sitze), die Bayernpartei (5 Sitze), die Heimatvertriebenen (4 Sitze) und die FDP (2 Sitze). Fehlende Unparteilichkeit – ihm wurde die einseitige Annäherung an die CSU unterstellt – wurde Lehner anlässlich der Wahl 1958 vorgeworfen. Einige Bürger und Stadträte monierten fehlende Bürgerversammlungen und zu viele »einsame Entschlüsse«. Lehner wehrte sich auf seine Art. Er betonte, Versprechun-

gen noch nie gemacht zu haben und auch keine machen zu werden. Lehner wandte sich dabei direkt an die Opposition. Sie bestand aus den Stadträten Hans Hofmann, Zweiter Bürgermeister und 1958 OB-Kandidat der FDP, Albert Stückler als Sprecher, Dr. Fröhlich und dem weiteren OB-Kandidaten Prof. Josef Maisch (SPD). Letzterer warf dem OB außerdem noch eine mangelhafte Straßenbauplanung und Verzögerungen bei den Verhandlungen über das Elektrizitätswerk vor. Sogar dass die Stadt nicht unbedingt einen Juristen an der Spitze bräuchte, wurde ein Wahlkampfthema. Lehner betrachtete beide OB-Gegenkandidaten nur als Einschüchterungsversuche gegenüber seinem eingeschlagenen Kurs und vor allem im Fall von Maisch nicht als ernst gemeint (»Zählkandidat«). Lehner (Kandidat der CSU und BP) verfehlte bei den Wahlen am 23. 3. 1958 im ersten Wahlgang mit 49 % der Stimmen knapp die Mehrheit. Hans Hofmann (Kandidat der FDP und des BHE) kam auf 28,4 % und Josef Maisch (SPD) auf 22,6 %. Im zweiten Wahlgang am 30. März konnte Lehner 57 % der Stimmen gegenüber 43 % für Hofmann auf sich vereinen. Bei der Oberbürgermeisterwahl am 8. März 1964 konnte sich Lehner mit 59,2 % im ersten Wahlgang wieder deutlich gegen seinen SPD-Kontrahenten, Oberregierungsrat Fritz Walter, durchsetzen. Bei der Stadtratswahl 1966 war der städtische Haushalt das beherrschende Thema. Mit Unterstützung der CSU und der SPD musste sich Lehner gegenüber den anderen Parteien für die erstmals seit 10 Jahren vorgenommene Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer im Stadtrat rechtfertigen. Das Wahlergebnis gab seiner Politik wieder Recht. Die CSU gewann zwei Sitze und kam auf 12, die SPD auf 8, die FDP auf 3, die BP auf 2 und die GDP/BHE auf einen Sitz.

Authentisch bis zur letzten Minute, akribisch arbeitend, sparsam haushaltend, sehr beharrend, wenn er von etwas überzeugt war. Lehner war der Typus von OB, den die Freisinger zumindest in der unmittelbaren Nachkriegszeit brauchten. Juristisch gebildet, konnte er für Freising so manche Zuwendung erzwingen (Verfassungsklage wegen Wohnungsnot) oder bei Verhandlungen mit der amerikanischen Militärregierung erfolgreich vermitteln. Auch durch seine Kandidatur 1952 als gemeinsamer Bewerber aller Freisinger Parteien sowie 1958

als Bewerber der CSU und der Bayernpartei, legte er sich eine solide Basis. Alle Wahlergebnisse waren Bestätigungen der Freisinger Bürger für Lehnners Politik.

Dr. Adolf Schäfer (1970–1994)

Da Max Lehner zur Wahl 1970 nicht mehr antrat, wurde Dr. Adolf Schäfer, Kandidat der SPD, zum Oberbürgermeister von Freising gewählt. Voraus ging ein äußerst intensiver Wahlkampf. Adolf Schäfers²¹ Werdegang bis zu diesem Amt war geradlinig. Nach Referendarzeit und Promotion war er seit April 1967 am Landratsamt Freising tätig, ab Oktober 1968 als Leiter der Bauabteilung und ständiger Vertreter des Landrats. Für die Freisinger SPD war Schäfer die lang gesuchte Persönlichkeit: Jung, dynamisch, tatkräftig, bewährt im öffentlichen Dienst, mit großem Sachverstand, auf wirtschaftlichem und juristischem Gebiet beschlagen. Die SPD beschritt zur Wahl den Weg mit einem sachlichen Programm mit vielen Informationen für den Bürger. Für das konservativ eingestellte Freising ein Novum. »Ich mache keine Versprechungen«, war der Tenor von Schäfer und dies kam bei der Bevölkerung, gepaart mit sachlichen Gestaltungszielen für Freising, gut an. Er wollte ein »volkstümlicher Oberbürgermeister sein, Entscheidungen mit dem Stadtrat auf kollegialer und sachlicher Ebene treffen und ausführen, für eine moderne und unkomplizierte Verwaltung, für eine vorausschauende Planung auf allen Gebieten, vor allem für die Wahrung Freisinger Interessen bei überregionalen Planungen, für den sozialen Wohnungsbau, für vorbildliche Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, für den Ausbau des Schulwesens und für die Förderung der Freisinger Wirtschaft eintreten.«²² Unmittelbar nach seinem Wahlsieg erklärte er, »Herausforderungen größten Ausmaßes« zu sehen und »die volle Last der Verantwortung, die man auf seine Schultern gelegt habe«, zu verspüren. Sein stärkster Gegenkandidat war der von der CSU aufgestellte und von der Bayernpartei und der FDP unterstützte bisherige Zweite Bürgermeister Dr. Georg Klimm gewesen. Schäfer konnte sich jedoch bei der Wahl am 9. März 1970 deutlich mit 56 % gegenüber Klimm mit 44 % der Stimmen durchsetzen. Bei den vorausgegangenen Wahlkampfveranstaltungen hatte sich Schäfer Münchens beliebten OB Hans-Jochen Vogel als Hilfe geholt. Klimm setzte auf den ehemaligen Freisinger Landrat und damaligen Bayerischen Justizminister Philipp Held.

Volksnähe, soziales Denken, Unabhängigkeit, fachliche Qualifikation und Wählbarkeit für alle Bürger lautete auch sein Motto zur Wiederwahl 1976. Schäfer musste erkennen, dass sich schon in sechs Jahren die Verhältnisse ändern konnten und neue Verhältnisse entstanden. So waren 1972 im Rahmen der Gebietsreform der Verlust der Selbstständigkeit und die Verstaatlichung der Polizei eine schwere Prüfung. Freising bekam immerhin den Rang einer »Großen Kreisstadt«. Schäfer gelang es aber, die neu hinzu gekommenen Gemeinden zu integrieren. Zunehmende Verkehrsbelastung, die Innenstadtproblematik, Schulneubauten und der Flughafenabwehrkampf²³ machten es Schäfer in seiner ersten Amtszeit nicht leicht. 1971 erreichten die Proteste der vom geplanten Flughafen betroffenen Gemeinden einen ersten Höhepunkt. Eine Demonstration mit 5000 Personen vor dem Flughafen München-Riem sowie der gerichtliche Erfolg mit dem Ergebnis eines neuen Raumordnungsverfahrens zwangen die Staatsregierung, noch einmal eine vergleichende Standortuntersuchung durchzuführen. Doch Schäfer war sich immer bewusst, dass »Freising in einigen Jahren Nachbarstadt eines interkontinentalen Großflughafens sein wird«. Durch geschickte Grundstückspolitik erreichte er jedoch, dass die Stadt bei den Gerichtsverfahren überhaupt ein

gewichtiges Wort mitzureden hatte. Auch konnte die Eingabe für vier Startbahnen (!) verhindert werden. Positiv und modern ausgerichtet war die Arbeit Schäfers auch hinsichtlich der bisher kaum heachtenswerten Aspekte rund um eine mögliche zukünftige Stadtentwicklung. Die Zeit erschien reif und so nutzte der OB seine Begeisterung für Architektur und Planung, um in einer der ersten Stadtratssitzungen im Jahr 1971 beim Institut für Städtebau, Landesplanung und Raumordnung an der TU München ein räumliches Entwicklungskonzept für die Stadt in Auftrag zu geben. Schäfers Ziel war es, aufgrund fundierter Untersuchungen eine Diskussion mit offener Planung zu eröffnen. 1973 wurde das 246 Seiten starke Gutachten mit dem Titel »Entwicklungskonzept der Stadt Freising« veröffentlicht. Die Stadt besaß aufgrund dessen nun eine Planungsgrundlage. Sie sollte Initiativen auslösen und im Bereich der Infrastruktur zu Maßnahmen führen. Dr. Schäfer legte damit wesentliche Grundsteine für viele in den kommenden Jahren durchgeführte oder in Gang gesetzte Vorhaben. Weiteren Rückenwind bekam er durch die lang ersehnte direkte S-Bahn-Linie nach München 1972. Bei den Olympischen Spielen in München wurde Freising als Stand- und Trainingsort für Wasserballer und Schwimmer integriert. Die Turnhalle in der Luitpoldanlage wurde für sechs Millionen Mark fertiggestellt. Bei den Stadtratswahlen 1972 konnte sich die SPD mit Schäfers Hilfe zu einer noch nie dagewesenen Präsenz von 17 Stadträten (41 % der Wählerstimmen) aufschwingen. Damit war auch ein Generationswechsel verbunden. 23 neue Stadträte bestimmten zukünftig die Geschicke der Domstadt.

(Fortsetzung folgt)

Anmerkungen:

- ¹ Vgl. dazu *Anton Wandinger*: Freising von 1945 bis 1950. In: 21. Sammelblatt des Historischen Vereins Freising, 1950, S. 112.
- ² Dazu *Regina Brunsch*: Amerikanische Besatzung, dargestellt am lokalen Beispiel Freising. Facharbeit Geschichte. Josef-Hofmiller-Gymnasium 1996.
- ³ Die Meldekarte des Stadtarchivs Freising verzeichnet für Emil Berg »geb. am 2. 5. 1874 in München«. Als Sterbedatum ist der 29. 9. 1957 vermerkt. Am 25. 11. 1944 ist der Umzug von Markt Grafing nach Freising in die Eckherstraße 25 (bei Müller) angegeben, am 5. 10. 1945 der Umzug in die Asamstraße 3. Emil Berg war eines von vier Kindern der Eheleute Andreas und Katharina Berg. Ursprünglich aus Ansbach stammend, sind alle Kinder bereits in München geboren. Das letzte (Eduard Berg, geb. 30. 10. 1896) stammt aus der zweiten Ehe mit Crescenz Fritsch. Emil Berg heiratete am 2. 4. 1919 in Landshut Franziska Gitschger (geb. 18. 3. 1892), 1932 zog das Ehepaar nach München in die Wittelsbacherstraße 14. 1940 wohnten sie im eigenen Haus in der Platenstraße 3. Schon beim ersten Luftangriff britischer Bomber auf München am 3./4. Juli 1940 wurde das Haus beschädigt und 1944 nochmals schwer getroffen, sodass die Familie nach Freising zog.
- ⁴ *Brunsch*, S. 32 ff. Ebenso grundsätzlich *Ellen Latzin*: Die Berichterstattung der amerikanischen Militärregierung in Bayern 1945–1949. In: ZBLG 63 (2000), S. 867–954.
- ⁵ *Wandinger*, S. 78.
- ⁶ »An die Bevölkerung der Stadt Freising«, »Die Militärregierung gibt bekannt«, »Der Landrat gibt bekannt«, waren die häufigsten Formulierungen. Als Nachrichtenblatt erschien das »Nachrichtenblatt der Stadt und des Landkreises Freising« erstmals am 26. Mai 1945.
- ⁷ Der Kindergarten war auch die erste Zufluchtsstätte von Rudolf Lodgman von Auen (geb. 21. 12. 1877 in Königgrätz, Böhmen; gest. 11. 12. 1962 in München), der am 9. August 1947 mit seiner Frau aus der sowjetisch besetzten Zone nach Freising kam. Lodgman war schon 1918 zum Landeshauptmann von Deutschland-Böhmen gewählt worden und kümmerte sich sofort nach seiner Ankunft in Freising um den Aufbau einer politischen Vertretung der Sudetendeutschen. Bei der Gründung der Sudetendeutschen Landsmannschaft 1948 wurde Lodgman zum ersten Sprecher ernannt. – Hierzu im Sudetendeutschen Archiv in München: *Rudolf Lodgman von Auen*: Ein Leben für Recht und Freiheit und die Selbstbestimmung der Sudetendeutschen. Nürnberg 1984.
- ⁸ Das Kreisgebiet gehörte schon vor 1803 überwiegend zu Bayern und war den Ämtern Kranzberg und Moosburg zugeordnet. Lediglich das Fürstbistum Freising war ein eigenes geistliches Herrschaftsgebiet, das 1802 dem Kurfürstentum Bayern eingegliedert wurde. 1803 wurden dann im gesamten Gebiet die Landgerichte Freising und Moosburg errichtet, die zum Isarkreis (ab 1838 Oberbayern) gehörten. 1862 wurden beide Landgerichtsbezirke zum Bezirksamt Freising vereinigt. Gleichzeitig wurde die Stadt Freising eine kreisunmittelbare Stadt. 1939 wurde der Bezirk Freising in Landkreis Freising und das Bezirksamt in Landratsamt umbenannt. Von 1940 bis 1946 gehörte Freising vorübergehend wieder zum Landkreis Freising. Im Rahmen der Gebietsreform 1972 wurde die

Stadt jedoch endgültig in den Landkreis Freising eingegliedert, dem darüber hinaus auch einige Gemeinden des aufgelösten Landkreises Mainburg sowie die Gemeinde Fahrzenhausen des Landkreises Dachau zugeordnet wurden. Die Stadt Freising erhielt für den Verlust der Kreisfreiheit den Status einer Großen Kreisstadt.

- ⁹ Zu Oberbürgermeister Bierner: *Wolfgang Grammel*: Oberbürgermeister Stephan Bierner, Schöpfer der modernen Verwaltung. In: *Frigisinga* 1992/2.
- ¹⁰ Alle Wahlergebnisse, Sitzverteilung etc. siehe Wahlen des Stadtarchivs Freising 1945 ff. Das Bayerische Staatsministerium des Innern verfügte kurze Zeit später eine Erhöhung der Sitze von 24 auf 31 Sitze.
- ¹¹ Der vorhergehende Stadtrat war nur beratend tätig.
- ¹² Dr. Karl Wiebel, geb. 3. 12. 1908 in Unterhaching, gest. 28. 7. 1985 in Sulzberg/Oberallgäu. Eheschließung mit Dora Steiner, geb. 11. 7. 1908 in Augsburg, am 5. 4. 1938 in München. Wiebel war 1936 als Rechtsanwalt in München tätig. Nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem er als Soldat diente, ließ er sich in Freising nieder. Dort wurde er am 17. Juni 1946 vom Stadtrat zum Oberbürgermeister gewählt. Seine Amtszeit in Freising währte nur zwei Jahre, denn seine Wiederwahl 1948 scheiterte. Wiebel bewarb sich daraufhin für den Oberbürgermeisterposten in Kaufbeuren. Amtsinhaber Georg Volkhardt war als Oberbürgermeister nach Kempten gegangen. Am 11. August 1948 wurde Wiebel zu seinem Nachfolger gewählt. Er wurde 1952, 1958 und 1964 in seinem Amt bestätigt. Nach 22 Jahren übergab er am 30. April 1970 das Amt an seinen Nachfolger Rudolf Krause.
- ¹³ Die Spruchkammer war im Erdgeschoss des Amtsgerichts untergebracht. Drei Personen wurden in Gruppe I als Hauptschuldige, 22 in Gruppe II als Belastete oder Aktivisten, 144 in Gruppe III als Minderbelastete (Bewährungstäter), 845 in Gruppe 4 als Mitläufer eingestuft. Alle anderen wurden – meist nach Widersprüchen – der letzten Gruppe der Entlasteten zugerechnet. Einsprüche wurden bis 1951 bei der Berufungskammer Oberbayern verhandelt. Eine umfassende Untersuchung bereitet der Historiker Paul Hoser vor.
- ¹⁴ Max Lehner, geb. 12. 10. 1906 in Freising, gest. 1975 in Freising, Eltern: Jakob

und Theres Gilg. 1933 im Plantagenweg 1 bei den Eltern gemeldet, abgemeldet nach Meißen am 23. 3. 1939. Verheiratet mit Viktoria Lehner, geb. 12. 12. 1912 in Brand, Kreis Kemnath; Ehe geschlossen am 28. 2. 1946 in Freising, 3 Kinder, alle in Freising geboren: Luise 22. 7. 1947, Jutta 24. 1. 1950 und Johannes 18. 2. 1954. Am 23. 2. 1946 in die Saarstraße 1, am 31. 10. 1956 in die Goethestraße 10 in Freising gezogen.

- ¹⁵ Vgl. Rückblick Max Lehner auf das Jahr 1949, in: *Wandinger* (wie Anm. 1), S. 127–138.
- ¹⁶ Vgl. Ansprache Max Lehner, Bürgerversammlung 1958, Rückblick auf 1948. In: *Die Bürgermeister von Freising*, Freisinger Kreisbote v. 29. 4. 1993.
- ¹⁷ In *Wandinger*, S. 127–138.
- ¹⁸ Ebd. S. 138.
- ¹⁹ Bericht des Bayerischen Prüfungsverbandes vom 31. 3. 1956.
- ²⁰ Ab dieser Wahl erstmals für eine Amtszeit von 6 Jahren. Da Stadtratswahlen erst ab 1960 im sechsjährigen Turnus durchgeführt werden, finden seit 1952 in Freising OB-Wahlen und Stadtratswahlen nicht mehr gemeinsam statt.
- ²¹ Dr. Adolf Schäfer, geb. 11. 1. 1937 in Aschaffenburg, gest. 5. 12. 2009 in Freising. Verheiratet mit Dr. Christa Schäfer, geb. 29. 12. 1937; Ehe geschlossen am 31. 3. 1966 in München. Am 11. 1. 1969 in der Mainburger Straße 48 bei Dr. Ernst, ab 5. 2. 1973 in der Wendelsteinstraße 3 bei Lindermaier gemeldet, seit 10. 12. 1973 im Schloss Lichtenhaag. Der Vater war Dozent für Bautechnik in München. Nach dem Abitur in München drei Jahre in der freien Wirtschaft tätig, danach Jurastudium in München. Referendar bei der Regierung von Oberbayern und im LRA Fürstenfeldbruck. Begleitende Tätigkeit bei bekannten Münchner Strafverteidigern, 1966 Promotion, wieder Tätigkeit bei der Regierung von Oberbayern und im Verwaltungsgericht München.
- ²² Vgl. SPD-Programm zur Oberbürgermeisterwahl 1970.
- ²³ 1971 wird Schäfer zum Vorsitzenden der Fluglärmkommission gewählt.

Anschrift des Verfassers:

Wolfgang Grammel, St.-Martin-Straße 12, 81541 München

Johann Andreas Schmeller 1802 in Dachau

Aus dem frühen Tagebuch des Sprachwissenschaftlers

Von Wilhelm Kaltenstadler

Zu den Begründern der Germanistik als Wissenschaft gehört der Pädagoge, Offizier, Sprachwissenschaftler und Bibliothekar Johann Andreas Schmeller.¹ Er wurde am 6. August 1785 im oberpfälzischen Tirschenreuth geboren und verstarb am 27. Juli 1852 in München, das seit 1814 sein Lebensmittelpunkt geworden war. Kronprinz Ludwig, nachmals König Ludwig I., war es, der Schmeller aus der Schweiz nach Bayern zurückholen ließ. Dort entfaltete er eine rege wissenschaftliche Tätigkeit, deren Höhepunkt zweifelsohne sein immer noch einschlägiges »Bayerisches Wörterbuch« (abgeschlossen 1837) bildete. Relativ unbekannt ist seine Münchner Schulzeit am Wilhelmsgymnasium und am Lyceum für angehende Geistliche. Aus dieser Zeit von 1799 bis 1803 stammt folgende Anekdote aus den Tagebüchern.

Ausflug nach Dachau am 23. Mai 1802

Die beiden in München studierenden Freunde Johann Andreas Schmeller und Bartholomäus Stölzl (1783–1858)² flohen an den Wochenenden in die Berge und an die Seen im Süden der Stadt. Auch Schmeller zog es eher ins bayerische Oberland und nach Tirol als in den Münchner Norden. So hat er etwa am 5. August 1820 mit Hilfe des »rüstigen Begleiters«, dem Forstwart Moser, den Joifen bestiegen. Das Dachauer Land gehörte nicht zu den beliebten Ausflugszielen der Münchner. Das erst Anfang des 19. Jahrhunderts kultivierte Dachauer Moos zog die Münchner nicht in seinen Bann und wurde erst Ende des Jahrhunderts mit dem Beginn der Freilichtmalerei von den Münchner Malern entdeckt.³ Wie wichtig Schmeller dieser Besuch des Dachauer Landes und des Moores war, zeigt die Tatsache, dass er diesen Ausflug nach Dachau bereits einen Tag zuvor in sein Tagebuch eintrug: »Nach dem frühen Aufstehen um 5 Uhr beschlossen wir: morgen nach Dachau zu gehen.«⁴

Der nach Dachau geplante Ausflug⁵ wurde tatsächlich einen Tag später am 23. Mai 1802 durchgeführt. Die beiden Freunde, Stölzl und Schmeller, haben sich am 23. Mai (einem Sonntag) um 3 Viertel auf 4 Uhr »angekleidet und marschfertig gemacht.« Die Reisegruppe nahm ein »Par Groschenweken«⁶ mit auf den Ausflug. Hier der vollständige Eintrag des im Jahre 1785 in Tirschenreuth geborenen 17-jährigen Schmellers über seinen Ausflug mit seinem Freund Bartholomäus Stölzl.

Der Text⁷

»Es war ein herrlicher, frischer Morgen, alles um uns her grün, der Himmel heiter und unbewölkt. Wir sprachen über das Edle des Volkslehrstandes, und jeder erzählte seine Pläne, die er als Pfarrer einer braven Dorfgemeinde ausführen wollte. Dan musterten wir die 5 neugebauten Häuser der Dachauer Mooskolonie.⁸ O möchte Maxens⁹ edles Herz belohnt werden, mögen auf der unabsehbaren Haide hin, blühende Dörfer, Wiesen, und Saaten, mögen gute glückliche¹⁰ Menschen, und eine wohlherzogene Jugend es der Nachwelt erzählen, dass Max der Schöpfer ihres Glückes sei! Ich tratt auf eine Stelle, die zu einer Wohnung abgestochen war: welche ein Gedanke! Wird hier einst Dürftigkeit, oder Wohlstand, Glück oder Unglück wohnen. Wird Tugend und Aufklärung oder Bosheit, und Dummheit hier herrschen! – Ach! das mus die Zeit uns erst enthüllen – Hier begegnete uns Barth's Bruder [»Barth« = Bartholomäus] und Vater,¹¹ die in die Stadt gehn wollten, igt aber wieder mit uns umkehrten. Stölzl hatte mit seinem Vater etwas abzumachen, ich nahm also Langbein¹² und gieng allein durch den Eichenwald längs der Strasse hinter ihnen her. St.[Stölzl] glaubte ich habe umgekehrt, und lief zurück, um mich einzuholen, er lief eine Weile auf der Strasse fort, da er mich aber nicht sah und hörte, kehrte er wieder nach Dachau um. Mittlerweile war ich wieder zu seinem Vater gekommen, und da dieser sagte, er